

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 7/2006

14. Juli 2006

Die letzte Plenarsitzung des Nationalrats vor dem Sommer hat gleichzeitig schon die Weichen für die nähere politische Zukunft gestellt: mit dem Auflösungsbeschluss für den Nationalrat und der Fixierung der Wahl. Trotzdem wurden neben dem Bericht über Österreichs EU-Vorsitz auch noch eine Reihe von Gesetzesmaterien beschlossen.

Gesetzgebungsperiode geht zu Ende

Mit einem gemeinsamen Beschluss haben die vier im Nationalrat vertretenen Parteien die Auflösung des Nationalrats festgelegt. Die Nationalratswahl wurde für 1. Oktober terminisiert. Den formellen Beschluss dazu fällt der Hauptausschuss am 27. Juli. Sondersitzungen in den Sommermonaten sind übrigens auch nach der offiziellen Auflösung möglich und sind im Zuge des beginnenden Wahlkampfes auch durchaus zu erwarten.

Gute Bilanz für Österreich als EU-Vorsitzland

Der Bericht von Bundeskanzler Schüssel über Österreichs EU-Vorsitz, den er dem Nationalrat präsentierte, zieht eine positive Bilanz. Auch ich denke, dass Österreich mit seiner Arbeit im letzten Halbjahr durchaus zufrieden sein darf. Ich erinnere an die Fertigstellung der EU-Finanzvorschau, an die Sicherung der EU-Mittel für den ländlichen Raum, an die Fixierung der Dienstleistungsrichtlinie und die Bewältigung der Gas-Energiekrise. Auch als Gastgeber hat Österreich gute Figur gemacht, etwa beim EU-Lateinamerika-Gipfel und beim Besuch von US-Präsident Bush.

85 Jahre Burgenland: Bund schüttet 2 Mio. Euro Sonderzuwendung aus

Eine sehr erfreuliche Geste setzt der Bund gegenüber dem Burgenland. Er gewährt dem Land anlässlich der 85-jährigen Zugehörigkeit zu Österreich eine Jubiläumsgabe von zwei Millionen Euro. Wir können damit im Land eine Reihe von Projekten in den Bereichen Beschäftigung, Sozialwesen, Jugend, Bildung und Kultur möglich machen, deren Verwirklichung ohne diese Hilfe deutlich schwieriger wäre. Die Initiative für diese Zuwendung ging übrigens von LH-Stv. Franz Steindl und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel aus.

Basel II: Neue Kredit-Spielregeln für Banken und Unternehmen

Umfangreiche Neuerungen für die Finanzierung von Unternehmen bringt die Umsetzung der so genannten "Basel-II-Vorschriften". Neue Eigenkapitalbestimmungen für Banken besagen künftig, dass die Höhe des zu unterlegenden Eigenkapitals für Kredite risikoabhängig ist. Damit soll das Risikobewusstsein der Banken und ihrer Kunden gefördert werden. Die Gesetzesbestimmungen, die für die Sicherheit der Kreditnehmer und die ausreichende Kreditversorgung vor allem der Klein- und Mittelbetriebe wichtig sind, treten am 1. Jänner 2007 in Kraft.

Für mehr Pendlerparkplätze an Autobahnauffahrten

Plätze an Autobahnauffahrten sollen verstärkt als Parkmöglichkeiten für Pendler genutzt werden. Auf Initiative der ÖVP hat der Nationalrat den Verkehrsminister aufgefordert, mit Ländern, Städten und Gemeinden ein Ausbaukonzept zu erstellen. Das System "Park & Drive" soll Autopendler dazu animieren, Fahrgemeinschaften für die Fahrt zum Arbeitsplatz zu bilden.

Neues Verkehrszeichen warnt vor Geisterfahrern

Ein neues Verkehrszeichen wird künftig auf besonders neuralgischen Autobahnabschnitten vor Geisterfahrern warnen. Bis dato gibt es außer Radiodurchsagen oder Texthinweisen auf Wechselverkehrszeichenanlagen keine Möglichkeit, die auf dem betroffenen Autobahnabschnitt fahrenden Fahrzeuglenker vor der Gefahr zu warnen. Das neue Zeichen hat den Vorteil, dass es auch nicht deutsch sprechende Fahrzeuglenker aufmerksam machen kann.

Einheitliche Ausbildungsmaßstäbe für Berufskraftfahrer

Einheitliche Regelungen für die Grundqualifikation und die Weiterbildung von Berufskraftfahrern legt ein neues Gesetz EU-weit fest. Es gilt für die Lenker bestimmter Kraftfahrzeuge im Güterkraft- und Personenkraftverkehr. Die angesprochene Grundqualifikation erwirbt man durch eine Prüfung vor einer Fachkommission.

Finanzhilfe für die ärmsten Länder

Im Rahmen seiner Beteiligung an internationalen Finanzierungsinstrumenten erhöht Österreich seine Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der ärmsten Länder der Welt. Einerseits leisten wir zur Wiederauffüllung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung einen Beitrag von 8,8 Millionen Euro. Andererseits trägt Österreich zum internationalen Schuldenerlass im Zeitraum von 2006 bis 2016 insgesamt 67,6 Millionen Euro bei.

Internationale Partnerschaften von Gebietskörperschaften

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften wird erleichtert. Das ist der Kern eines internationalen Protokolls, dem der Nationalrat zugestimmt hat. Bisher waren hier vor allem die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von unmittelbar benachbarten Gebietskörperschaften skizziert. In Zukunft wird nun auch die Kooperation von Nicht-Nachbarn ermöglicht.

Willkommen für burgenländische Besuchergruppen

In diesen Wochen durfte ich wieder einige Besuchergruppen aus dem Burgenland im Parlament begrüßen und auf ihrem Rundgang durchs Haus begleiten: den Seniorenbund Oberloisdorf, den Seniorenbund des Bezirks Güssing, die ÖVP-Ortsgruppen Unterrabnitz/Schwendgraben und Großpetersdorf sowie eine Schulklasse aus dem Gymnasium Güssing.

Presseaussendungen

Alle Stellungnahmen meinerseits gegenüber der Presse finden sich aktuell auf der Internet-Seite der ÖVP-Bezirksorganisation Güssing (www.oevp-burgenland.at/bb_guessing).

Mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat